

Christoph Neumayer

## **Braucht Europa eine Renaissance der Industrie?**

Zu den zentralen Lehren der europäischen Schulden- und Wirtschaftskrise zählt, dass es zur Überwindung derselben eine starke Realwirtschaft in Kombination mit einem stabilen Finanzsektor benötigt. Die Industrie und die mit ihr verbundenen Sektoren sind die tragenden Säulen für den nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg eines Landes und Motor für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Staaten wie Österreich oder Deutschland, die über eine starke industrielle Basis verfügen, konnten die ökonomischen Verwerfungen besser bewältigen als andere Länder. Zusätzlich braucht es jedoch den Finanzsektor als Rückgrat zur Investitionsfinanzierung von Unternehmen.

Wie stellt sich aber die Situation der Industrie in Europa heute dar? Europa weit befindet sich der produzierende Sektor Industrie in einem Abwärtstrend. Hatte Europa um die Jahrtausendwende noch einen Anteil der Industrie an der Gesamtwertschöpfung von knapp unter 20 %, so rutschte dieser kontinuierlich auf mittlerweile 15,8 % ab. Dies wiederum steht im Kontrast zum erklärten Ziel der Europäischen Union, die Industriequote bis zum Jahr 2020 auf 20 % anzuheben (definiert als Anteil des Fertigungssektors am Gesamt BIP). Doch wofür konkret steht die Industrie in Europa? Und welche Rolle fällt der europäischen Politik zu, wollen wir eine (Re-)Industrialisierung des „alten Kontinents“ bewirken?

### **Herausforderungen**

Die europäische Industrie steht in einem dynamischen weltweiten Wettbewerb. Aufstrebende Wirtschaftsmächte – allen voran in Asien – konnten in der vergangenen Dekade ihren Anteil an der globalen industriellen Wertschöpfung signifikant steigern, während der europäische Anteil zwischen 2000 und 2012 um 4,9 Prozentpunkte fiel. Analysen der OECD gehen davon aus, dass sich dieser Trend fortsetzen wird (*World Energy Outlook*, OECD/IEA 2013).

Das Zurückfallen des europäischen Industriestandorts ist dabei von einer Vielzahl an Faktoren abhängig. Ausschlaggebend für Wettbewerbsfähigkeit sind unter anderem die Effizienz der Verwaltung, Kosten der Regulierung, vorhan-

dene Infrastruktur sowie Bildungs-, Forschungs- und Innovationsperformance. Wie Untersuchungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln zeigen („Industry as a growth engine in the global economy“, IW Köln 2013), befindet sich die EU in ihrer Wettbewerbsfähigkeit allerdings nicht nur klar hinter globalen Mitbewerbern wie den USA, Japan und Südkorea. Innerhalb Europas bildet sich standortpolitisch zunehmend eine Kluft zwischen einem wettbewerbsfähigeren „Kerneuropa“ der nord-westlichen EU-Staaten gegenüber einer „Peripherie“ der süd-östlichen Mitgliedsländer. Hier müssen wir gegensteuern.

Insbesondere zwei Faktoren werden für Europa in den kommenden Jahren zu einer immer größeren Herausforderung:

1. Die steigenden Arbeitskosten. Gegenüber unserem industriellen Hauptmitbewerber USA entkoppeln sich die Arbeitskosten in der Sachgütererzeugung inklusive Steuern und Abgaben seit dem Jahr 2000 beträchtlich von jenen der europäischen Industrie. 2001 waren diese in den USA noch über dem österreichischen und französischen Niveau gelegen. Sinkende Lohnstückkosten – im Zusammenwirken mit dem schwachen Dollar – machen US-Exporte preislich äußerst wettbewerbsfähig. Dabei wirken sich vor allem die Arbeitszusatzkosten der Arbeitgeber stark auf das Gefälle aus. Diese Dynamik, gepaart mit einer überdurchschnittlichen Produktivitätsentwicklung, hat die Lohnstückkosten der Sachgütererzeugung in den USA seit 2000 mit über minus 7,7 % jährlich vor der Krise und minus 0,8 % seit 2008 deutlich rascher sinken lassen als im Durchschnitt jene der OECD Industriestaaten (minus 2,3 % in den Jahren 2000–2007 und plus 1,5 % seit 2008).
2. Zentraler Wettbewerbsfaktor sind die im internationalen Vergleich hohen europäischen Energiekosten. Seit 2005 fand, angestoßen durch die viel zitierte „Schiefergasrevolution“ in den USA, eine Entkoppelung der Energiekostenentwicklung zwischen den USA und Europa statt. Mittlerweile machen Industriegaspreise in Europa das Vierfache jener in den USA aus und sind 12 % höher als in China. Industriestrompreise sind im Durchschnitt doppelt so hoch wie in den USA und um 20 % höher als in China. Dabei bilden neben geografischen Faktoren so genannte „politische Kostenanteile“ der gesamten Energiekosten, ausgelöst durch Besteuerung, Förderung erneuerbarer Energieträger und CO<sub>2</sub>-Handel, einen immer gewichtigeren Teil. Für ein Land wie Österreich mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an energieintensiver Industrie – 30 % des nationalen industriellen Produktionswertes gegenüber etwa 20 % in Deutschland – stellt dies eine besondere Herausforderung dar.

Nun wird mancherorts argumentiert, dass eine Abwanderung der Industrie in Europa aufgrund globaler Entwicklungen ein „natürlicher Vorgang“ sei und man

sich damit eben abfinden müsse. Aus gesellschaftlicher und wirtschaftspolitischer Sicht kann dies jedoch angesichts des Erhalts des europäischen Wirtschafts- und Wohlfahrtsmodells keinesfalls hingenommen werden. Zunächst soll festgehalten werden, dass der Rückgang der europäischen Industrie teils hausgemacht ist. Durch inkonsistente Politik auf nationaler wie auch auf EU-Ebene wird die Wettbewerbsfähigkeit von Industrieunternehmen untergraben. Entgegen der Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Industrie ihren Output erhöhen kann, hat eine Vielzahl an oft gegensätzlichen Initiativen regulatorische Kosten für Unternehmen erhöht und zusätzliche bürokratische Hürden geschaffen.

### **Industrie als Motor für Wohlstand und Beschäftigung**

Die Analyse der Bedeutung der Industrie als Wertschöpfungsknoten europäischer Volkswirtschaften zeigt, dass die Rolle der Industrie für Wachstum und Beschäftigung in Europa eine so fundamentale ist, dass Europa auf Industrie auch in Zukunft nicht verzichten kann. Die Industrie ist insbesondere auch die zentrale Triebfeder von Innovation. Bei einem Anteil von rund 15 % der direkten Wertschöpfung der europäischen Wirtschaft, steht die Industrie für annähernd  $\frac{2}{3}$  (65,3 %) der gesamten Forschungs- und Entwicklungsausgaben und 49,3 % an innovativen Investitionen. Insbesondere erzeugt die Industrie sogenannte „Spillover-Effekte“ in anderen Bereichen der Wirtschaft. Konkret zieht jede Einheit an zusätzlicher industrieller Produktionsnachfrage ganze 1,68 Einheiten an weiterer Wertschöpfung nach sich.

Insbesondere soll auf die Beschäftigungseffekte der Industrie hingewiesen werden. Angesichts der beklemmenden Entwicklung steigender Arbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas, die vor allem auch die jüngere Generation massiv betrifft, ist dies umso wichtiger. Mittlerweile zählt die Europäische Union mehr als 26 Millionen Arbeitslose, wobei ein Viertel aller erwerbsfähigen jungen Menschen ohne Arbeit ist – ein inakzeptabler Zustand. Die Industrie in Europa beschäftigt nicht nur direkt 32 Millionen Menschen, sie induziert weitere 20 Millionen Arbeitsplätze in verwandten Sektoren. Insgesamt steht die Industrie somit für über 50 Millionen Beschäftigte in Europa. Auch stellt die Industrie hochwertigere Arbeitsplätze zur Verfügung, da diese im Durchschnitt höher entlohnt und attraktiver sind als in anderen Wirtschaftsbereichen. Diese Zahlen sprechen eine klare Sprache, dass ein Mehr an Industrie jedenfalls im gesellschaftspolitischen Interesse Europas liegt und liegen MUSS.

## **Felder zur Stärkung industrieller Wettbewerbsfähigkeit**

Europa ist die Geburtsstätte der Industrie und immer noch der weltweit größte Binnenmarkt mit 12,6 Billionen Euro. Europa hat nach wie vor das Potenzial mit einem starken industriellen Kern international wettbewerbsfähig zu bleiben. Industrieunternehmen setzen hierfür ihrerseits bereits Schritte. Allen voran durch Internationalisierung und die Steigerung ihrer Integration in globale Wertschöpfungsketten. Industrielle Produktion zeichnet sich zunehmend dadurch aus, dass diese in transnationale Produktionsnetzwerke und Wertschöpfungsketten eingebettet ist. Analysen unterlegen den positiven Zusammenhang zwischen dem Grad an Integration in globale Wertschöpfungsketten, der Exportperformance und der Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen.

Technologieführerschaft ist einer der bestimmenden Faktoren für Wettbewerbsfähigkeit in Hochlohnökonomien. Digitalisierung entwickelte sich zu einer entscheidenden ökonomischen Triebfeder des letzten Jahrzehnts. Investitionen in die Informations- und Kommunikationstechnologie sind die dynamischste Investitionskomponente, wobei von Hochtechnologiebranchen besonders positive externe Effekte auf andere Branchen ausgehen. Auch findet eine zunehmende Verschränkung von Industrie und Dienstleistungen statt, mit gegenseitigem Nutzen – Stichwort Industrie 4.0.

Hieraus ergeben sich spezialisierte Schlüsselfunktionen und hybride Geschäftsmodelle. Dies setzt jedoch den Fortbestand eines industriellen Kerns voraus. Ein alleiniger Fokus auf Dienstleistungen ohne die Rolle der Industrie zu würdigen, wäre ein wirtschaftspolitischer Irrweg.

Darüber hinaus muss die Kooperation im Innovationsbereich weiter erhöht werden. Abhängig von Unternehmensgröße, Sektorenzugehörigkeit und Netzwerkfähigkeit bestehen nach wie vor große Unterschiede bezüglich der Innovationsfähigkeit von Unternehmen. Eine Innovationssteigerung kann daher besonders durch die verstärkte Bildung von Innovations-Clustern erreicht werden, um Know-how zugänglich zu machen und große Investitionsprojekte stemmen zu können. Internationalen Leitbetrieben kommt hierbei durch ihre „Carrier“-Funktion zwischen KMU und größeren Unternehmen eine zentrale Rolle zu. Zudem entfalten Leitbetriebe zwei- bis dreifache Multiplikatoreffekte in Bezug auf Wertschöpfung und Arbeitsplatzgewinn.

## **Die richtigen Rahmenbedingungen setzen**

Letztlich können diese Chancen und Möglichkeiten aber nicht bzw. nur unzureichend ergriffen werden, nimmt die Politik nicht die richtigen Weichenstellungen

gen vor. Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre von oft parallel gesetzten, aber gegensätzlichen politischen Initiativen erscheint zunächst eine Reform der industriepolitischen Entscheidungsstrukturen auf EU-Ebene dringlich. Einen ersten wichtigen Schritt setzten die EU-Regierungschefs anlässlich des Europäischen Rates im März 2014. Nicht nur gaben diese ein klares Bekenntnis zur Bedeutung der Industrie ab. Insbesondere wurde beschlossen, dass Belange der industriellen Wettbewerbsfähigkeit künftig systematisch in alle Politikbereiche der EU integriert werden sollen, unter anderem durch stärkere Anwendung sogenannter Wettbewerbschecks. Dies ist zentral um zu vermeiden, dass EU-Gesetzgebung und deren nationale Umsetzung zu bürokratischen Mehrkosten für Unternehmen führen.

Weitere Schritte hin zu einem echten „europäischen Industriepakt“ sind notwendig. Die neue Legislaturperiode des Europäischen Parlaments und die Neukonstituierung der Europäischen Kommission ab 2014 bieten hierfür Gelegenheit. So könnte etwa die Einrichtung einer Gruppe innerhalb des Kollegiums der EU-Kommissare unter Vorsitz des EU-Industriekommissars dafür sorgen, dass die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit integraler Bestandteil aller industrierelevanten Politikinitiativen wird. Unter den EU-Ratsformationen sollte der Rat für Wettbewerbsfähigkeit durch Mitsprache bei sämtlichen Industriebelangen aufgewertet werden. Schließlich müssen bestehende Instrumente genutzt und erweitert werden, etwa das Europäische Semester zur Umsetzung konkreter Schritte durch die Mitgliedstaaten.

Neben einer Reform der industriepolitischen Entscheidungsstrukturen müssen jedoch auch die Schlüssel-Politikbereiche reformiert werden. Allen voran braucht es eine Stärkung von Wettbewerbsfähigkeitsbelangen in der europäischen Energie- und Klimapolitik. Die Politik muss den hohen Energiekosten aktiv begegnen und politische Kostenanteile möglichst bereinigen. Zudem sind eine klare internationale Konditionalität der 2030-Klimaschutzverpflichtungen sowie ein Schutz für energieintensive und international agierende Industriesektoren vor überbordenden Auflagen notwendig.

Es gilt zudem sicherzustellen, dass die Lohnstückkostenentwicklung in einem gesunden Verhältnis zur Produktionssteigerung steht sowie dass das Arbeitsrecht einer zeitgemäßen Arbeitswelt entspricht. Schließlich muss die EU an ihrem Vorhaben, den weltweiten Handel weiter zu liberalisieren, festhalten. Das TTIP-Abkommen mit den USA bietet – richtig gemacht und fair aufgesetzt – hier klare Wachstumschancen für beide Seiten des Atlantiks. Zudem muss Kooperation im Innovationsbereich weiter forciert werden, wobei der Fokus gezielt auf Initiativen für internationale Leitbetriebe gelegt werden soll.

Gelingt die (Re-)Industrialisierung, gelingt die Renaissance der Industrie in Europa? Sie wird dann erfolgreich sein, wenn die Politik in Brüssel, Wien sowie

den anderen europäischen Hauptstädten konsistente, nachhaltige und mutige Schritte setzt, um industrielles Wirtschaften in Europa zu dynamisieren. Einige dieser notwendigen Schritte sind in diesem Essay angeführt. Letztlich ist dies im Interesse aller – der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, der Bürgerinnen und Bürger. Denn nur mit einer starken industriellen Basis in Europa wird es uns möglich sein, das europäische Lebensmodell auch für dieses Jahrhundert zu sichern.